

Bund sozialdemokratischer
AkademikerInnen
Intellektueller & KünstlerInnen



12 Thesen zur europäischen Finanzmarktregulierung



Impressum

MI & Hg: Bund sozialdemokratischer AkademikerInnen, Intellektueller & KünstlerInnen
1010 Wien, Landesgerichtsstraße 16
P.b.b. – VPA 1090 Wien
Tel.: (01) 310 88 29, Fax: (01) 310 88 29-27
Mail: office@bsa.at, Web: www.bsa.at

Die Beiträge wurden von der EU Gruppe im BSA verfasst.

Titelbild: EZB Frankfurt
CC0 Creative Commons

Einleitung

Die Bedeutung des Finanzsektors in der Weltwirtschaft ist in den letzten Jahrzehnten stark gewachsen und hat erhebliche Ressourcen und Aufmerksamkeit von anderen Bereichen der Wirtschaft abgezogen. Auch die Auswirkungen der großen Finanzkrise 2008 waren und sind nach wie vor enorm:

- sowohl für die Realwirtschaft – z.B. in Form hoher Arbeitslosigkeit oder stagnierender oder gar sinkender Einkommen
- und auch für die Staatshaushalte – z.B. in Form der gestiegenen Staatsschulden und der damit verbundenen Zinsenlast
- Einige Hypothesen, die leider sowohl von neoliberalen Mainstream-ÖkonomInnen als auch von vielen wirtschaftspolitischen EntscheidungsträgerInnen als erwiesen angesehen wurden, haben sich in der Realität als falsch erwiesen.
- Der potentielle negative Einfluss der Finanzmärkte auf die Realwirtschaft wurde massiv unterschätzt bzw. vernachlässigt.
- Die Selbstregulierung und Selbststabilisierung von Finanzmärkten wurde maßlos überschätzt, Marktversagen kommt auf Finanzmärkten regelmäßig vor.
- Die von Finanzmärkten ausgehenden Krisen sind diejenigen Wirtschaftskrisen, die die größten Auswirkungen haben und sich weltweit am stärksten verbreiten. Unregulierte Finanzmärkte tragen nicht zur Stabilisierung der Realwirtschaft bei. Es kommt auf Finanzmärkten oft zu schädlichem Herdenverhalten. Unregulierte Finanzmärkte neigen zur Krisenverstärkung: in guten Zeiten befeuern sie übermäßiges (Kredit-)Wachstum und in schlechten Zeiten beschleunigen sie die Abwärtsspirale.
- Risiko auf Finanzmärkten ist oft intransparent. Die Komplexität und Undurchsichtigkeit von vielen Finanzinstrumenten ist oft unnötig und dient nicht der besseren Risikosteuerung, sondern zur Verschleierung. Die tatsächlichen Risiken werden dadurch leicht unterschätzt - mit schwerwiegenden Folgen
- Wenn Banken zu groß werden, ist es der öffentlichen Hand budgetär nicht mehr möglich, sie zu retten: „too big to fail“ kann somit auch „too big to bail/too big to rescue“ werden.

Ein neuer Konsens?

Durch die Finanzkrise hat sich langsam in der Wissenschaft und teilweise auch in der Politik ein neuer Konsens weg vom Dogma der selbstregulierenden Märkte entwickelt:

- Notwendigkeit von starker Finanzmarktregulierung: Der Staat muss eine wichtige Rolle im Finanzsektor spielen, Staatsinterventionen gegen Marktversagen sind notwendig und heute auch akzeptiert.
- Die globale Integration von Finanzmärkten erlaubt eine bessere Risikostreuung, gleichzeitig ermöglicht sie aber auch eine schnellere Ansteckung im Krisenfall und die Übertragung von Risiken auf andere Länder.
- Kredite sind wichtig für das effiziente Funktionieren einer Volkswirtschaft, aber exzessives Kreditwachstum ist gefährlich und führt zu Blasen und Gefahren auf Finanzmärkten. Es war der exzessive Anstieg von Privatkrediten (von Unternehmen und Privatpersonen), und nicht die so oft erwähnten Staatsschulden, der für den Großteil der Finanz- und Wirtschaftskrisen der Vergangenheit verantwortlich war. Die Staatsverschuldung ist in den meisten Ländern erst nach der Krise durch teure Bankenrettungen und die Wirtschaftskrise selbst gestiegen.

Die Konzentration riesiger Finanzvermögen in den Händen sehr weniger Fondsgesellschaften (zB Pimco, BlackRock) führt dazu, dass diese nicht mehr nur an einzelnen Firmen, sondern in bestimmten Branchen an allen MarktführerInnen in signifikantem Ausmaß beteiligt sind. Um maximale Erträge aus diesen

Beteiligungen insgesamt zu erzielen, üben sie ihren Einfluss dahingehend aus, dass der Wettbewerb zwischen den Firmen geringer wird, was den KonsumentInnen schadet.

Finanzialisierung des Individuums

Z.B. Im anglosächsischen Raum sind Menschen bereits in vielen Lebenssphären vom Finanzmarkt abhängig: Bildungskredite, private Krankenversicherung, Pensionsversicherung, usw. wodurch das individuelle Schicksal direkt von den Finanzmärkten abhängt. Diese starke Finanzialisierung des Individuums ist in Österreich aufgrund sozialdemokratischer Politik der letzten Jahrzehnte derzeit nicht vorhanden und durch nicht auf Gewinn ausgerichtete, stabile öffentliche Versorgung sichergestellt. Diese Unabhängigkeit von den Finanzmärkten ist durch die ÖVP-FPÖ Regierung massiv gefährdet.

Diversität und Regionalität am österreichischen Bankensektor

Im österreichischen Bankensektor ist die Diversität größer als in anderen europäischen Ländern wie z.B. in Frankreich oder Niederlande. Dadurch ist die Versorgung mit Bankdienstleistungen – auch in strukturschwachen Regionen – und die Auswahlmöglichkeiten für KonsumentInnen größer.

Bedeutung von Budget- und Fiskalpolitik

Finanzmarkt und Realwirtschaft müssen politisch gemeinsam betrachtet werden, nur ein gutes Zusammenspiel von Finanzmarktpolitik und Budget-/Fiskalpolitik erlauben eine effektive Gesamtsteuerung: Die Folgen der Weltwirtschaftskrise nach der Finanzkrise wurden in der EU durch eine restriktive Fiskalpolitik – das „berühmte (Kaputt-)Sparen“ – noch weiter verstärkt und eine langfristige Stagnation verursacht, während in den USA die Obama-Administration auf expansive Fiskalprogramme setzte und daher die Krise in den USA schneller bewältigt wurde.

Die Maastricht Kriterien und der Fiskalpakt in der EU erschweren es aus der Krise hinaus zu investieren. Hier setzt sich nun ein neuer Konsens durch: Wenn die Zentralbank bei einem Nullzinssatz schon an den Grenzen ihrer Möglichkeiten steht, sollte mit aktiver Fiskalpolitik agiert werden, um schneller aus einer langen Rezession zu kommen. Die langjährige Stagnation der Wirtschaft der Eurozone war eine Folge der Durchsetzung der politischen Prioritäten und Sichtweisen konservativer und neoliberaler Kräfte. Das hat die europäische Wirtschaft und auch der Bevölkerung viel gekostet, und damit auch indirekt zum Zustrom zu populistischen Bewegungen beigetragen.

Die Realwirtschaft benötigt funktionierende, robuste Finanzmärkte, die der Bereitstellung von Gütern und Diensten dienen und sich nicht zum Selbstzweck abkoppeln, und wir alle benötigen stabile Finanzmärkte, um nicht unter den fatalen Folgen der Finanzkrisen zu leiden. Eine gute Finanzmarktregulierung ist der zentrale Faktor dafür, daher werden im Folgenden 12 Thesen zur Finanzmarktregulierung aus sozialdemokratischer Sicht dargestellt:

Bild: Philipp Obermaidingner



12 Thesen zur Finanzmarktregulierung

Aus sozialdemokratischer Sicht soll Finanzmarktpolitik der Realwirtschaft dienen und für Krisenprävention und damit Systemstabilität sorgen. Der G20-Gipfel 2009 in Pittsburgh hat sich, in Reaktion auf die Finanzkrise 2007/2008 hohe Ziele in Sachen Finanzmarktregulierung gesteckt.¹ Während unbestreitbare Fortschritte – höhere Kapitalquoten, intensivere Bankenaufsicht – erzielt wurden, blieb vieles nur Stückwerk. Nachdem die Finanzkrise überwunden scheint, werden immer mehr Stimmen nach Deregulierung und weniger Aufsicht laut, die teils auch Gehör in der Politik finden. Die Sozialdemokratie muss sowohl der fragmentierten Regulierung als auch der Tendenz zur Deregulierung – und damit dem Beginn der nächsten Krise – entschieden begegnen.

Die folgenden 12 Thesen sollen als Leitfäden einer sozialdemokratischen Finanzmarktpolitik im 21. Jhd't dienen, um eine sozial gerechte und ökonomisch stabile Finanzmarktwirtschaft zu ermöglichen:

1.

Der Mut zur Einfachheit fehlt – Komplexität auf den Märkten wird durch Komplexität der Regulierung begegnet: Komplexität nützt den FinanzmarktakteurInnen, da sie erfolgreich Lobbying bzw. Gerichtsverfahren nutzen, um Ausnahmen bzw. Schlupflöcher zu finden. Komplexität führt zu noch mehr „too big to fail“, da sich nur die großen Unternehmen die Compliance- und Rechtsberatung leisten können, um diese Regulierung zu verstehen und optimal anzuwenden. Der Mut zur Einfachheit fehlt: Wollte man wirklich effektive Regulierung, so müssten gewisse Produkte und Praktiken schlicht untersagt bzw. wesentlich strikter reglementiert werden. Dazu fehlt der politische Wille und Mut. Die Politik scheint den LobbyistInnen des Finanzkapitals zu glauben, dass das Kapital ein scheues Reh sei und vor zusätzlicher Regulierung aus Europa fliehe. Dabei unterschätzt die Politik ihre eigenen Handlungsspielräume und hat Angst davor, grundlegende Regeln einzuführen und zu vollziehen. Die Sozialdemokratie muss sich für einfache, verständliche Regulierung und effektiven Vollzug derselben einsetzen.

2.

„Too big to fail“ ist nach wie vor Realität: Das Versprechen, riesige Finanzunternehmen so zu zerteilen, dass sie nicht mehr zu groß sind, um geordnet abgewickelt zu werden bzw. in Insolvenz zu gehen, wurde nicht eingelöst. Riesen wie die Deutsche Bank würden nach wie vor zu gravierenden systemischen Krisen führen, sollten sie in ernsthafte wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. Dieses Marktversagen wird auch nicht durch Wettbewerbsrecht korrigiert. **Die Politik muss im Austausch mit der Wissenschaft effektive Lösungen erarbeiten.**

12 Thesen zur europäischen Finanzmarktregulierung

3.

Bail-in statt bail-out funktioniert (noch) nicht: Vor der Finanzkrise wurden die hohen Gewinne von wenigen AktionärInnen lukriert. Während der Finanzkrise wurden die massiven Verluste oft von der öffentlichen Hand getragen und damit sozialisiert. Es war ein großes Versprechen der Politik, dass in Zukunft nie wieder Steuergeld zur Bankenrettung verwendet werden würde. Wie jüngste Beispiele zeigen, ist die Einlösung dieses Versprechens bisher bestenfalls zweifelhaft. Die Politik muss den Mut finden, GläubigerInnen zur Verlusttragung heranzuziehen und ihnen somit klarzumachen, dass höhere Verzinsung bzw. Rendite immer mit höherem Risiko einhergeht. **Es ist wichtig, das geregelte Ausscheiden von Banken aus dem Markt wenn notwendig zu ermöglichen.** Dabei müssen Mechanismen geschaffen werden, um zu verhindern, dass KleinanlegerInnen überproportional Bankenkrisen finanzieren (im Vergleich zu GroßaktionärInnen). **Bestehende Lücken im europäischen Rechtsrahmen dürfen nicht zur Aushöhlung des Verursacherprinzips führen.**

4.

Eine **Debatte über die gesellschaftlich wünschenswerte Struktur des Finanzsystems wurde nicht geführt** – nach wie vor wird mit Einlagen von SparerInnen spekulatives und riskantes Investmentbanking in ein und derselben Bank „quersubventioniert“. Das an sich wichtige und notwendige System der Einlagensicherung trägt zur Verzerrung des Risikos und damit zu spekulativerem Verhalten sowohl auf Seite der Bank als auch bei den SparerInnen² bei. Abgesehen von Versuchen der neuen EZB-Bankenaufsicht, in einigen wenigen problematischen Banken „aufzuräumen“, kam es bisher zu keiner fundamentalen Änderung der Bankenlandschaft. Nach wie vor bestimmt eine Reihe von Großbanken das Marktgeschehen und nicht selten auch die politische Agenda. Andererseits kämpfen kleine Genossenschaftsbanken ums Überleben, verschweigen jedoch, dass sie oft über konzernartige Verflechtungen an denselben spekulativen Geschäften wie viele Großbanken partizipieren. **Die Sozialdemokratie muss eine der Realwirtschaft dienende Vision des Finanzsystems entwickeln und vertreten und gegen reine Finanzspekulation vorgehen.**

5.

Die generelle Rolle der Bank als Finanzintermediärin wurde nicht hinterfragt. Weshalb Kreditvergabe und Einlagenhaltung im Internetzeitalter immer noch so wie vor Jahrzehnten organisiert sein soll, ist zumindest kritisch zu diskutieren. Derzeit läuft die Politik Gefahr, von der Entwicklung im Bereich Digitalisierung und Fintech überrollt zu werden, die zusehends von US-amerikanischen Internetgiganten getrieben wird, wo traditionelles Wettbewerbsrecht möglicherweise nicht ausreicht, um faire Märkte zu garantieren. Insbesondere **muss die Sozialdemokratie prüfen, ob staatliche Lösungen nicht privatwirtschaftlichen – ähnlich wie im Falle anderer öffentlicher Versorgungseinrichtungen – überlegen wären** (im Gegensatz zu öffentlichen Förderbanken für Unternehmen gibt es keine solche **öffentlichen Förderbanken für Privatpersonen**).

12 Thesen zur europäischen Finanzmarktregulierung

6.

LobbyistInnen des Finanzkapitals haben immensen Einfluss auf Regulierung: LobbyistInnen der Banken, Versicherungen und WertpapierdienstleisterInnen setzen in den europäischen Institutionen viel zu oft ihre Anliegen durch. Gleiches gilt für nationale Regierungen, wo die Finanzministerien nur allzu oft die Interessen der VertreterInnen heimischer Bankkonzerne mit dem „nationalen (pseudo-öffentlichen) Interesse“ gleichsetzen. Die Anliegen der KonsumentInnen, SparerInnen und ArbeitnehmerInnen haben hier keine Stimme in Europa. **Die Sozialdemokratie muss strengere Regeln für Lobbyismus, mehr Transparenz durchsetzen und die Interessen von KonsumentInnen, SparerInnen bzw. aller vertreten.**

7.

Unabhängige Expertise im Finanzmarktbereich ist rar und nicht immer leicht zu erkennen. Nicht wenige vorgeblich nur der Wissenschaft verpflichtete ExpertInnen und Institute haben ein (teilweise nicht offengelegtes) Naheverhältnis zur Finanzindustrie und sind z.B. über Vortragstätigkeiten und Drittmittelzuwendungen von dieser wirtschaftlich abhängig. Kritische WissenschaftlerInnen, die sich gegen den Mainstream stellen, riskieren damit manchmal sogar ihre Anstellung. Gerade für ein Feld, in dem wirtschaftlich dermaßen große Summen für die Gesellschaft auf dem Spiel stehen, muss die **Politik für unabhängige Forschung und fachliche Beratung sorgen und entsprechende Einrichtungen und Stellen langfristig öffentlich finanzieren.**

8.

Kapitalverkehrsfreiheit ist weder Selbstzweck noch unantastbar: Einschränkungen sind unter gewissen Bedingungen geboten: während in der Griechenland- und Zypernkrisen plötzlich das Tabu der Beschränkungen der Kapitalverkehrsfreiheit fiel, um KleinanlegerInnen zu beschränken, gibt es keinen politischen Willen und/oder Mut, dies auch für alle – insbesondere große FinanzmarktakteurInnen – zu tun. **Die Sozialdemokratie sollte im Austausch mit der Wissenschaft über die Notwendigkeit von Einschränkungen der Kapitalverkehrsfreiheit reflektieren, wo dies zur Durchsetzung effektiver Finanzmarktregulierung notwendig ist.**

9.

Gewinne, die auf Finanzmärkten erzielt werden, werden momentan nicht gerecht versteuert: Arbeitende Menschen schultern die schwerste Steuerlast, die FinanzmarktakteurInnen leisten keinen fairen Anteil am Steueraufkommen. Die Finanztransaktionssteuer wäre ein Schritt in die richtige Richtung und muss endlich Realität werden. Weiters müssen grenzüberschreitende Transaktions- und Firmenkonstruktionen zur Steuerflucht verboten werden. **Die Sozialdemokratie muss sich für eine gerechte Steuerbelastung aller FinanzmarktteilnehmerInnen einsetzen.**

10.

Finanzbildung (financial literacy) erreicht nur ein Bruchteil der Bevölkerung: Um Menschen zu ermöglichen, mündige KonsumentInnen zu sein, muss Finanzbildung Teil der Pflichtschulbildung sein. Jede/r muss wissen, dass mehr Ertrag nur in Verbindung mit mehr Risiko erzielbar ist. Finanzbildung darf jedoch nicht als Alibi dienen, die Verantwortung den KonsumentInnen zu übertragen, während die FinanzmarktakteurInnen das Risiko dann nicht tragen. **Die Sozialdemokratie muss sich für Finanzbildung in allen Pflichtschul-Lehrplänen und im Bildungsauftrag des ORF einsetzen.**

11.

Die Europäische Bankenunion ist noch Stückwerk: Europäische Krisen, inkl. globaler Krisen mit Auswirkungen auf Europa erfordern eine europäische Lösung. Es ist aus sozialdemokratischer Sicht von zentraler Bedeutung den Auf- und Ausbau der europäischen Bankenunion zu stärken: Die Bankenunion, bestehend aus den drei Säulen gemeinsame Aufsicht, Abwicklung von Banken und gemeinsame Einlagensicherung³, befindet sich im Aufbau. Schnelle Erfolge konnten bereits im Aufbau der gemeinsamen Aufsicht erzielt werden, indem die EZB als bestehende und mächtige europäische Institution für die gemeinsame Aufsicht zuständig ist. Der Aufbau eines europäischen Abwicklungssystems mit insbesondere einem gemeinsamen Abwicklungsfonds zur Verhinderung der Belastung der öffentlichen Hand [siehe These 2 und 3] ist ein Wettlauf gegen die Zeit. Eine neuerliche Finanzkrise könnte das System noch nicht auffangen. Die europäische Einlagensicherung als dritter Baustein zum gesamteuropäischen Schutz von Ersparnissen bis EUR 100.000 fehlt noch. **Die europäische Bankenunion muss dringend vervollständigt werden.**

12.

Die Politik hat das Primat über die Wirtschaft verloren: Obwohl viele FinanzmarktakteurInnen nur durch Interventionen der öffentlichen Hand – und häufig durch Steuergeld – gerettet wurden, lässt sich die Politik zu oft mit Pseudo-Horrorzenarien wie einer angeblich drohenden „Kreditklemme“ von sinnvollen Regulierungsmaßnahmen wie Verboten bestimmter Produktkategorien oder Praktiken abbringen. **Das Primat der Politik im Auftrag der Gesellschaft zurückzuerobern, muss das übergeordnete Ziel sozialdemokratischer Finanzmarktpolitik sein.**

Fußnoten:

1. <https://www.oecd.org/g20/summits/pittsburgh/G20-Pittsburgh-Leaders-Declaration.pdf>
2. Da Einlagen bis 100.000€ durch den Einlagensicherung abgesichert werden, legen viele SparerInnen ihr Erspartes auch bei risikanteren Banken - und damit mit höheren Zinsen - aufs „Sparbuch“ ein, als sie es ohne Einlagensicherung tun würden.
3. SSM (Single Supervisory Mechanism/Einheitlicher Aufsichtsmechanismus), SRM (Single Resolution Mechanism/Einheitlicher Abwicklungsmechanismus) und EDIS (European Deposit Insurance Scheme/Europ. Einlagensicherungssystem)

Fazit

Für die Sozialdemokratie ist es wichtig, das Feld der Finanzmarktregulierung nicht konservativen, neoliberalen Kräften – sei es durch PolitikerInnen, BankmanagerInnen oder so genannten ExpertInnen – zu überlassen. Wie die Verwerfungen nach der Finanzkrise gezeigt haben, hat jede Schieflage einer größeren Bank das Potential, das Volumen mehrere Steuerreformen an staatlichen Mitteln zu vernichten. Gewinne werden hingegen nach wie vor privatisiert, während nationale Bankkonzerne von "ihren" nationalen Regierungen protegert und teilweise künstlich am Leben gehalten werden.

Perverserweise sind die politischen Profiteure der Krise populistische und rechte Bewegungen, was möglicherweise dadurch bedingt ist, dass die Sozialdemokratie zu wenig Wirtschaftspolitik im Allgemeinen und Finanzmarktpolitik im Speziellen betreibt und den politischen Konflikt primär über die Sicherheitspolitik austrägt. Dass die Kosten der menschenwürdigen Betreuung von Flüchtlingen lächerlich im Vergleich zur Rettung einer mittelgroßen Bank sind, spiegelt sich in der Debatte nicht wider.

Sozialdemokratische Finanzmarktpolitik kann nur europäisch konzipiert sein. Agieren ausschließlich auf nationaler Ebene ist nicht erfolgsversprechend. Sie muss der sozialen Gerechtigkeit, Realwirtschaft, Krisenprävention und damit Finanzstabilität dienen.

Bund sozialdemokratischer
AkademikerInnen
Intellektueller & KünstlerInnen

